

Das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ informiert.
8. Juli: Flaggentag der Mayors for Peace 2026
30 Jahre IGH-Gutachten:
Androhung und Einsatz von Atomwaffen sind völkerrechtswidrig!

Für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag

Mehrere Hundert Städte beteiligen sich am 8. Juli in Deutschland im Rahmen des „Mayors for Peace-Netzwerkes“ an Aktionen zum Hissen der Friedensflagge vor den Rathäusern, um ein Zeichen gegen Atomwaffen zu setzen. Das weltweite Netzwerk mit über 8.000 Städten wurde 1982 vom Bürgermeister der Stadt Hiroshima gegründet. Die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, die 1945 von zwei Atombomben verwüstet, verbrannt und verstrahlt wurden, mahnen uns, alles zu tun, dass dies nie wieder geschieht. Marburg ist ebenfalls Mayor for Peace Stadt und das seit 2016.

Das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ warnt jedoch: Weltweit werden die Atomarsenale aufgerüstet, Atomwaffenabkommen sind gekündigt, Abrüstungsverhandlungen finden nicht statt. Die Kriege in der Ukraine, der Krieg im Iran, die Spannungen zwischen Indien und Pakistan zeigen, wie fragil das sogenannte atomare „Gleichgewicht des Schreckens“ ist. In Europa werden zunehmend Stimmen laut, eine US-unabhängige eigene Atombewaffnung anzustreben.

Atomwaffenverbotsvertrag statt nuklearer Teilhabe!

Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) der UNO ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Dieser Vertrag ist notwendig geworden, weil sich die Atomwaffenstaaten seit über 55 Jahren weigern, der Verpflichtung zu vollständiger nuklearer Abrüstung gemäß dem UN-Nichtverbreitungsvertrag (NVV) nachzukommen. Wir als Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ fordern die Bundesregierung auf, diesem Vertrag beizutreten und damit auch die finanziellen Unsummen für die Bereitstellung von Atomwaffen zu beenden.

Noch hält die Bundesregierung an der nuklearen Teilhabe in der NATO fest. In Büchel in der Eifel lagern etwa 15-20 Atombomben. Der Flugplatz wurde für über 2 Milliarden Euro nachgerüstet – für die neuen zielgenaueren Atombomben B61-12 und die neuen Kampffjets F-35. Im Sommer kommen die Tornado-Kampfflugzeuge aus Nörvenich nach Büchel zurück, mit denen deutsche Soldat:innen alljährlich den Abwurf der Atombomben üben. Im Oktober wird sich die Bundeswehr wiederum an dem Atomkriegsmanöver der NATO beteiligen. Dagegen werden wir erneut in Nörvenich und Büchel demonstrieren!

Atomwaffen stehen in Widerspruch zum Völkerrecht!

Das Konzept der „nuklearen Teilhabe“ ist völkerrechtswidrig. Gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag für Nuklearwaffen darf die Bundesrepublik weder unmittelbar noch mittelbar über Atomwaffen verfügen. In Büchel jedoch wird die mittelbare – und im Ernstfall unmittelbare – Verfügungsgewalt praktiziert. Jeder Einsatz von Atomwaffen wäre völkerrechtlich ein Verbrechen.

30 Jahre Gutachten des Internationalen Gerichtshof: Androhung und Einsatz von Atomwaffen sind völkerrechtswidrig!

Der Internationale Gerichtshof hat am 8. Juli 1996 in einem von der UNO angeforderten Gutachten erklärt, dass Androhung und Einsatz dieser Waffen „generell“ völkerrechtswidrig seien. Bei Atomwaffeneinsätzen kann nicht zwischen Kriegsbeteiligten und Zivilist:innen unterschieden werden. Atomwaffen töten unterschiedslos, sie verursachen extreme Qualen, wirken durch die Strahlung unbegrenzt, zerstören die Umwelt, ziehen unbeteiligte Staaten in Mitleidenschaft und können den gesamten Planeten zerstören.

Städteappell für Atomwaffenverbot!

Viele Städte sind bereits dem Bündnis der Mayors for Peace und dem ICAN-Städteappell beigetreten. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 22. Februar 2019 unterstützt Marburg den Städteappell. ICAN ist die Internationale Kampagne zur Ächtung von Nuklearwaffen. In diesem Appell heißt es u.a.: „Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.“

Deshalb fordern wir vom Marburger Bündnis Nein zum Krieg!“ von Bundestag und Bundesregierung.

- **Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und Beendigung der „nuklearen Teilhabe“**
- **Keine neuen europäischen Atomwaffen-Kooperationen**
- **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag**
- **Eintreten für ernsthafte Verhandlungen über vollständige nukleare Abrüstung**

Wir müssen stärker werden in unserem Widerstand gegen die Atomwaffen. Es geht dabei um Aufklärung, um Druck auf die Abgeordneten des Bundestages und um direkten Protest und Widerstand.

- Kommt zu den Veranstaltungen im August im Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki (6. August um 18:00 Uhr ins Marburger Rathaus)!
- Beteiligt Euch an den Aktionen in Büchel und an der Protestdemonstration gegen das Atomkriegsmanöver im Oktober (in Büchel am 10.10. und Nörvenich am 17.10.)!

Informiert Euch beim Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt“ über Aktionen und inhaltliche Forderungen: www.atomwaffenfrei.de, bei dem wir als Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ Mitglied sind.

Seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der atomaren Aufrüstung!